

Eine Nachbetrachtung zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2011

Die Wahlen in Berlin sind -wie man so sagt-gelaufen. 40 Prozent Nichtwähler und 17 Prozent für Parteien, die nicht im Abgeordnetenhaus vertreten sind, berechtigen das Parlament nicht im Namen des Volkes von Berlin zu sprechen.

Die Ergebnisse überraschen einen aufmerksamen Beobachter nicht in dieser von der antikommunistischen Hetze durchtränkten kapitalistischen Gesellschaft, abgesehen von dem Wählerschub der Protestpartei, der einen Teil des Unmuts und der Proteste junger Menschen abging. Die Wahlergebnisse werden keine politischen Maßnahmen erwarten lassen, die auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Mehrheit der Berliner Bevölkerung ausgerichtet sind. Ob SPD, Bündnis 90 Die Grünen, CDU/CDU, FDP oder gar NPD, sie sind Vertreter der Kriegspolitik sowie des Sozialraubs gegenüber den Werktätigen im Zusammenhang auch mit der Privatisierungspolitik. Von ihnen ist nichts Gutes zu erwarten, Gutes zu erwarten und eine Wende in der Politik zu Gunsten der Mehrheit der Berliner Bevölkerung wäre von der Durchsetzung des Wahlprogramms der **DKP Berlin**. Dieses und auch der Aufruf der KPD Berlin zeigen reale Alternativen zur herrschenden Politik auf.

Zum Beispiel würde es dann keine steigenden Mieten geben sondern verstärkt in sozialen Wohnungsbau mit bezahlbaren Mieten investiert werden, Obdachlosigkeit würde der Vergangenheit angehören, die Rekommunalisierung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge stände auf der Tagesordnung, einschließlich sinkende Wasserpreise. Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes erhielten Tarifverträge in Angleichung an übrige Bundesländer sowie existenzsichernde Löhne nicht unter 10 Euro für die im öffentlichen Beschäftigungsbereich Tätigen und in allen vom Senat dominierten Bereichen. Verstärkte Investitionen für die Sicherung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche, für Kindergartenplätze zur Durchsetzung des Rechts auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind und für den Ausbau der Gesamtschule mit ausreichenden Lehrkräften ständen auf der Agenda.

Die Mittel könnten durch Umverteilung der Einkommen zu Gunsten der sozialen Leistungen bereit gestellt werden.

Der Wahlkampf und das Wahlprogramm der Berliner DKP wurden von der KPD Berlin unterstützt, weil sie selbst zur Berliner Wahl nicht angetreten war und bekanntlich Kommunisten sich gegenseitig helfen. Dank des aktiven Wahlkampfes konnten Kommunisten bei Wählern Boden gewinnen, ihre Wählerstimmen gegenüber 2001 auf 3.614 Stimmen = 0,2 Prozent verdreifachen, im Osten der Stadt konnten 0,4 Prozent erreicht werden. Wer mehr erwartet hatte, verkennt die reale Lage. Sicher, bei einer Vereinten Kommunistischen Partei mit einer größeren Ausstrahlung, die letztlich angestrebt wird, wäre voraussichtlich ein größeres Gewicht erzielt worden. **Je größer die Reihen der Kommunisten umso aussichtsreicher die Ergebnisse!**

Die **SPD** als SPD-Linkspartei-Senat hat Stimmenverluste hinnehmen müssen. Ihre systemimmanente Schaukelpolitik, Täuschungen und Verblendungen führen nicht nach ganz oben. Die SPD verlor 2,5 Prozent gegenüber 2006, ist aber im Verhältnis zu anderen Parteien noch stärkste Partei mit 28,3 Prozent und 47 Abgeordneten. Sie kann mit ausgewähltem Koalitionspartner den Regierenden Bürgermeister stellen.

Die Partei Die Linke Berlin als bisher mitregierende Partei hat erwartungsgemäß eine beachtliche Zahl an Wählern verloren, seit 2006 14.356, seit 2001 190.000 Wähler. Sie kam auf 11,7 Prozent und 19 Abgeordnete. Sie scheidet als mitregierende Partei aus. Die stärksten Verluste hat sie in den traditionellen Ostbezirken mit Minus 5,5 Prozent gegenüber 2006 hinnehmen müssen, erhielt aber im Osten Berlins noch 22,6 Prozent. Die Verluste sind eine Quittung für ihre mittragende rigide Spar- und Privatisierungspolitik. Nie in der Geschichte Berlins wurden mehr Wohnungen privatisiert als unter dem Senat von SPD und Die Linke. Sozialer Wohnungsbau mit bezahlbaren Mieten blieb aus. Das negative Verhalten zur Volksabstimmung

über die Offenlegung der Verträge mit den Berliner Wasserbetrieben war schikanös und zeigte, daß die Partei Die Linke Berlin nicht im Namen und als Interessenvertreter des Volkes handelt, Lederer, Wolf, Liebich und andere sich im System integrieren lassen. Nun versuchen sie die ganze Schuld der zentralen Parteiführung anzulasten. Abgesehen davon wächst natürlich auch nicht Vertrauen zur Partei Die Linke, wenn die Führungsspitze derart unwürdige Erklärungen zum Glückwunschsreiben an Fidel Castro zu seinem 85. Geburtstag abgibt, geschichtsverklärende Haltungen zum 13.08. 1961 einnimmt und bei der Kommunismusdebatte feige zurückrudert. Dasselbe betrifft den Boykottaufruf zur jungen Welt durch Gysi, Lederer, Liebich Wawzyniak, Woop u.a.

Es ist uns als Kommunisten nicht einerlei, wenn bestimmte Führungskräfte der Partei Die Linke als einflußreichste antifaschistisch-demokratische Kraft und größte Friedenspartei in Deutschland sowie als potentieller Bündnispartner diese in das Fahrwasser systemerhaltendem Sozialdemokratismus und damit zu weiteren Verlusten an Wählerstimmen führt.

Die Abstrafung bei den Berliner Wahlen könnte bei richtiger selbstkritischer Analyse heilsam sein und beim bevorstehenden Erfurter Parteitag die Partei auf konsequenten antikapitalistischen und Friedens-Kurs auf dem Weg zum Sozialismus führen. Konsequenter Antifaschismus muß in letzter Konsequenz auch zum Antikapitalismus, zur konsequenten Antikriegshaltung, zu Völkerverständigung, zu Friedenspolitik führen. Die Hand der Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands bleibt ausgestreckt zur Zusammenarbeit im Kampf gegen Faschismus und Krieg, gegen Sozialraub, im Kampf zur Überwindung des kapitalistischen Systems, für Frieden und Sozialismus.

Von Seiten der machtausübenden Klasse wird alles unternommen, um ein „Rotes Berlin“ zu verhindern. Durch bevölkerungspolitische Maßnahmen - wie Übersiedlung von Beamten, BND-Mitarbeitern und anderen Kräften aus Ministerien und Einrichtungen der alten Bundesländer nach Berlin- soll durch mehr Anhänger der CDU/CSU allmählich eine CDU/CSU Mehrheit an Wählern in Berlin erreicht werden. Mit einem Zuwachs von 2 Prozent auf 23,4 Prozent mit 39 Abgeordneten als 2.stärkste Partei in Berlin wird die **CDU** „auf den Weg gebracht“ .Da kommen Wowerit Koalitionsbestrebungen mit der CDU nicht ungelegen, will er sich doch als Kandidat der SPD für den Bundeskanzler profilieren, was ihm wohl nur mit einer CDU-Koalition gelingen könnte.

Die Partei “ **Bündnis 90 Die Grünen**“ mit einem Zuwachs von 4,5 Prozent auf 17,6 Prozent mit 29 Abgeordneten ist 3.stärkste Partei in Berlin geworden, offensichtlich unter dem gegenwärtigen Einfluß des bundesweiten Trends, der mit Stuttgart 21, Ausstieg aus der Atomkraft (wenn auch kein Wort über atomwaffenfreie Zone in Deutschland)sowie mit der Ablehnung der Verlängerung der Autobahn 100 in Berlin verbunden ist. Sie hat sich für die machtausübende Klasse als systemerhaltene, auch als Kriegs-Partei, bewährt und steht als 3. Kraft zur Verfügung, wenn andere Koalitionen scheitern. Sie ist zugleich Auffangbecken für Protestwähler, damit sie nicht links wählen.

Der Abwärtstrend der **FDP** mit insgesamt nur 1,8 Prozent Wählerstimmen ist auch in Berlin nicht aufzuhalten mit der antisozialen liberalen Politik und mit fragwürdigen Politikern. Da nutzt auch ein „unter die Arme greifen“ von CDU nichts, die befürchtet, die Koalition nicht bis zur nächsten Bundestagswahl aufrecht erhalten zu können.

Trotz ihrer von Krawallen begleitenden Auftritte ist es durch den vorherrschenden Antifaschismus in Berlin der **NPD** mit 2,1 Prozent und anderen faschistischen Tarnparteien nicht gelungen, in das Berliner Abgeordnetenhaus einzuziehen. Lediglich in 3 Bezirksverordnetenversammlungen, Lichtenberg/Hohenschönhausen, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick sind sie mit je 2 Vertretern präsent. Aber auch die 31.241 Stimmen für die NPD und 17.838 Stimmen für Pro Deutschland sind für Antifaschisten/ Demokraten unerträglich, wenn man weiß, daß der Faschismus andere Völker überfallen, Völkermord betrieben und seine Politik nicht nur Berlin in Schutt und Asche gelegt hat. Das darf auch bei jungen Berlinern niemals in Vergessenheit geraten. Dafür zu sorgen, ist unsere erste

antifaschistische Pflicht. Der antifaschistische Geist muß mit klaren Argumenten immer wieder der Jugend nahe gebracht werden.

Die Piratenpartei ist einem ersten Anlauf in das Berliner Abgeordnetenhaus mit 130.105 Stimmen = 8,9 Prozent und 15 Abgeordneten gekommen und ist in allen Bezirksverordnetenversammlungen vertreten. Sie hat offensichtlich die Gunst der Stunde zunehmendem Unmut und Proteste unter jungen Menschen genutzt, die sich weder linken noch rechten Parteien einordnen wollen, aber gegen den totalen Überwachungsstaat, gegen den rigorosen Abbau von Demokratie, für mehr direkte Demokratie/Volksentscheide, für mehr bürgerliche Freiheiten eintreten. Es bleibt die klare Profilierung der Ziele abzuwarten, die sich in der Auseinandersetzung mit den konkreten politischen Entscheidungsvorgängen in den Vertretungen herausbilden wird. Es ist Aufgabe der KPD diesen Protestkreis junger Menschen nicht aus den Augen zu verlieren, ihnen zu helfen, den richtigen Weg des Kampfes zu finden.

Es bleibt dabei, Wahlen allein verändern bekanntlich noch keine grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisse, keine Machtverhältnisse, können aber bestimmte Reformschritte bewirken. Aber vor allem ist alles nur in Verbindung mit breiten Massenprotesten und Aktionen der Bevölkerung durchsetzbar. Das wird umso notwendiger im Ergebnis der Wahlen vom 18. September 2011 in Berlin und des Konstrukts eines SPD-CDU-Senats. Der Kampf der Kommunisten für ein breites Bündnis antifaschistisch/antiimperialistisch-demokratischer Kräfte braucht einen langen Atem. Er baut sich zunehmend auf.

Alfred Fritz